

## **1. Geltungsbereich**

- 1.1 LTE Austria GmbH („LTE“) erbringt Lieferungen und Leistungen (im Folgenden nur „Leistungen“) an ihre Auftraggeber ausschließlich zu den vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (im Folgenden nur „AGB 2019“).
- 1.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers sind unwirksam. Sie werden nur Vertragsbestandteil, wenn sie von LTE ausdrücklich schriftlich bezeichnet und anerkannt werden, eine konkludente Anerkennung ist ausgeschlossen.
- 1.3 Wird während einer auf den AGB 2019 beruhenden Leistungsvereinbarung zwischen LTE und dem Auftraggeber eine neue Leistungsvereinbarung über denselben Gegenstand mit von den AGB 2019 abweichenden Bestimmungen geschlossen, werden die AGB 2019 von dieser neuen Leistungsvereinbarung nur insoweit verdrängt, als sie mit ihr in Widerspruch stehen.

## **2. Anzuwendende Bestimmungen**

- 2.1 Im Zusammenhang mit der Verwendung von Eisenbahnwagen gilt der „Allgemeine Vertrag über die Verwendung von Güterwagen“ (AVV) idgF. Stellt der Kunde Wagen, deren Halter nicht dem AVV beigetreten ist, so übernimmt der Kunde unbeschadet seiner sonstigen Verpflichtungen die Pflichten und Haftungen wie ein Halter im Sinne des AVV.
- 2.2 Von LTE zu übernehmende Wagen müssen stets einer für die Instandhaltung zuständigen Stelle (ECM, „Entity in Charge of Maintenance“ gemäß Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2019/779) zugeordnet sein. Sie haben dem AVV zu entsprechen und die Revisionsfrist darf nicht abgelaufen sein.
- 2.3 Die Vorschriften für die Beförderung gefährlicher Güter mit der Eisenbahn (RID) sind einzuhalten.
- 2.4 Subsidiär und ergänzend zu den AGB 2019 gelten für von LTE zu erbringende Leistungen die Allgemeinen Österreichischen Spediteurbedingungen (AÖSp) in der zum Abschlusstag einer Leistungsvereinbarung gültigen Fassung.

## **3. Allgemeine Schriftformklausel**

- 3.1 Ohne konkrete schriftliche Vereinbarung der wesentlichen Leistungsbestandteile entsteht für LTE keine Verpflichtung zur Erbringung von Leistungen gegenüber dem Auftraggeber, und der Auftraggeber kann ohne schriftliche Vereinbarung nicht die Erbringung von Leistungen durch LTE fordern. Mündliche Vereinbarungen über Haupt- oder Nebenleistungen werden für LTE erst nach schriftlicher Bestätigung verbindlich, und eine von einer schriftlichen Vereinbarung abweichende tatsächliche Übung begründet keine über den Einzelfall hinausgehende Erweiterung zukünftiger Leistungsverpflichtungen.
- 3.2 Das Schriftformgebot gilt auch für Änderungen von schriftlich getroffenen Vereinbarungen, sowie für den Verzicht auf die Schriftformklausel.

## **4. Angebot und Auftragserteilung**

- 4.1 Angebote von LTE sind stets freibleibend (Aufforderung zur Abgabe eines Angebots).
- 4.2 Erklärt der potentielle Auftraggeber seinen Willen zum Abschluss eines Vertrags gemäß einem solchen freibleibenden Angebot, wird das Angebot für LTE erst durch Annahme gemäß Pkt 4.3 verbindlich.
- 4.3 Die verbindliche Annahme eines Auftrags durch LTE erfolgt durch Übermittlung einer so betitelten schriftlichen „Auftragsbestätigung“ an den Auftraggeber, unter Angabe der LTE-Angebotsnummer aus dem vorangegangenen unverbindlichen Angebot.

## **5. Nicht inkludierte Leistungen (Nebenleistungen)**

- 5.1 Soweit nicht ausdrücklich als Leistungsbestandteil ausgewiesen, sind folgende Leistungen nie Bestandteil unserer Angebote:
- Zollrechtliche Abfertigung
  - Kosten für Miete und Instandhaltung von Wagenmaterial
  - Be-, Um- und Entladearbeiten,
  - Rangierarbeiten in Gleisanschlüssen: Züge werden mangels anderslautender Vereinbarung ausschließlich fertig vorbereitet und unter Fahrdraht von LTE übernommen.
  - Betreuung des Zuges außerhalb unserer eigenen Betriebsführung (Überwachung und Bereitstellung von Informationen über den Zuglauf nach Übergabe des Zuges an Dritte).
- 5.2 Nicht im Angebot abgedeckte Zusatzleistungen wird LTE gerne nach Maßgabe freier Kapazitäten erbringen. Als Preise für Eigenleistungen verrechnet LTE pro zusätzlich notwendiger Lokführerstunde EUR 100,-, pro Stunde zusätzlich notwendiger administrativer Leistungen EUR 80,-. Die kleinste Verrechnungseinheit beträgt eine angefangene halbe Stunde.

## **6. Stornierung, Entfall der Leistung**

- 6.1 Unterbleibt die Leistungserbringung durch Umstände, die der Auftraggeber zu vertreten hat, ist LTE berechtigt pauschale Stornierungskosten in Rechnung zu stellen (Wahlrecht für LTE).
- 6.2 Die pauschalen Stornierungskosten sind abhängig von der vom Auftraggeber eingehaltenen Verständigungsfrist und vom Angebotspreis der vereinbarten Leistung:
- mehr als 168 h vor der geplanten Abfahrtszeit: 30% des Angebotspreises der ausgefallenen Zugleistung
  - weniger als 168 h vor der geplanten Abfahrtszeit: 50% des Angebotspreises der ausgefallenen Zugleistung
  - weniger als 48 Stunden vor der geplanten Abfahrtszeit: 80% des Angebotspreises der ausgefallenen Zugleistung

## **7. Mitwirkungspflicht des Auftraggebers**

- 7.1 Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass LTE auch ohne besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden, und LTE von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Gleiches gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Leistungserbringung durch LTE bekannt werden. Der Auftraggeber hat insbesondere dafür zu sorgen, dass
- sämtliche mit der Auftragsdurchführung im Zusammenhang stehenden Transportpapiere, einschließlich allfälliger Zollunterlagen, den gesetzlichen Vorschriften genügen
  - allfällige Subunternehmer die Züge pünktlich an LTE übergeben bzw. von LTE übernehmen, was insbesondere auch das Übermitteln einer Wagenliste zum frühest möglichen Zeitpunkt umfasst.
  - alle Abweichungen vom vereinbarten Zeitrahmen LTE unverzüglich mitgeteilt werden, das heißt sobald sie dem Auftraggeber bekannt oder zumindest für ihn absehbar werden.
- 7.2 Werden auf Grund von Umständen die der Auftraggeber zu vertreten hat zusätzliche Leistungen notwendig die nicht vom Angebot umfasst sind, bzw. entstehen LTE Zusatzkosten die der Auftraggeber zu vertreten hat, wird LTE diese Kosten weiterverrechnen bzw. Eigenleistungen zu den Leistungspreisen gemäß Pkt 5.2 zusätzlich in Rechnung stellen.

## **8. Preise**

- 8.1 Das Leistungsentgelt richtet sich nach der Auftragsbestätigung bzw. dem darin bezeichneten Angebot. Enthalten beide keinen Preis, gilt ein ortsübliches Entgelt als vereinbart.
- 8.2 Alle von LTE angegebenen Preise verstehen sich stets als Nettopreise in Euro, in denen die Mehrwertsteuer noch nicht enthalten ist.
- 8.3 Im Rahmen aller Leistungsvereinbarungen mit einer Dauer von mehr als 12 Monaten (Zeitraum zwischen erstmaliger und letztmaliger Leistungserbringung) wird Wertbeständigkeit aller Preise von LTE vereinbart. Eine Preisermäßigung ist dabei ausgeschlossen. Als Maß zur Berechnung der Wertbeständigkeit dient der von der Statistik Austria monatlich verlaubliche Verbraucherpreisindex (VPI) bzw. der von Amts wegen an seine Stelle tretende Index. Als Bezugsgröße für Anpassungen dient die im Monat des Vertragsabschlusses errechnete Indexzahl. Schwankungen der Indexzahl bis ausschließlich 2% bleiben unberücksichtigt. Diese Schwankungsbreite ist bei jedem Überschreiten nach oben oder unten neu zu berechnen, wobei stets die erste außerhalb des jeweils geltenden Spielraumes gelegene Indexzahl die Grundlage sowohl für die Neufestsetzung der Preise als auch für die Berechnung des neuen Spielraumes zu bilden hat. Alle Veränderungsraten sind auf eine gerundete Dezimalstelle zu berechnen.
- 8.4 Änderungen oder die Neueinführung von Verkehr- und Verbrauchsteuern oder anderen Abgaben nach Abschluss einer Leistungsvereinbarung berechtigen LTE zu einer Preisanpassung in dem Umfang, in dem sich die Kosten der Leistungserbringung für LTE erhöhen. Die Preisanpassung kann geltend gemacht werden mit dem Zeitpunkt der Wirksamkeit der betreffenden Gesetzesänderung.
- 8.5 Für Ausstattungsänderungen an Betriebsmitteln aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften gilt Pkt 8.4 sinngemäß.
- 8.6 Werden ein Preisanpassungsanspruch oder die Wertbeständigkeit nicht unmittelbar zeitnah geltend gemacht, bedeutet dies keinen Verzicht seitens LTE.

## **9. Rechnungslegung, Zahlung, Verzug**

- 9.1 Unsere Rechnungen sind sofort nach Erhalt fällig. Ist binnen 14 Kalendertagen nach Fälligkeit keine Zahlung bei LTE eingegangen, kann LTE Verzugszinsen gemäß § 456 UGB verlangen.
- 9.2 Pro Mahnung sind LTE Mahnspesen zu erstatten (§ 458 UGB), sowie jene Kosten die darüber hinaus zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig sind.
- 9.3 Die Bezahlung der Forderungen hat lastenfrei ohne jeden Abzug auf folgendes Konto zu erfolgen:
- Kreditinstitut: Bawag – PSK  
Bankleitzahl: 14000  
IBAN: AT 79 1400 0001 1047 6116  
BIC/SWIFT Code: BAWAATWW  
UID: ATU 72455309
- 9.4 Gegen Rechnungen kann innerhalb von 2 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich bei LTE Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt eine Rechnung der LTE als vom Auftraggeber anerkannt.
- 9.5 Eine Aufrechnung gegen Forderungen der LTE ist nur mit von LTE zur Aufrechnung zugelassenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.
- 9.6 Solange der Auftraggeber sich mit Leistungsentgelten von insgesamt mehr als EUR 50.000,- in Zahlungsverzug befindet (aus jeglichen Aufträgen an LTE), kann LTE die Ausführung aller weiteren vereinbarten Leistungen nach eigenem Ermessen von der vollen Befriedigung oder der Sicherstellung aller offenen Leistungsentgelte abhängig machen (durch Bankgarantie, Bürgschafts- oder Patronatserklärung), sowie für jede weitere Leistung die Bezahlung im Voraus verlangen.

## **10. Haftung und Gewährleistung**

- 10.1 LTE haftet nur für vorsätzlich oder bewusst leichtfertig verschuldete Schäden und vorsätzlich oder bewusst leichtfertig verschuldete Verletzungen der übernommenen Verpflichtungen.
- 10.2 LTE haftet bis zu einem Betrag von EUR 10.000,- pro Schadensereignis, insgesamt jedoch mit maximal 15% des bis zum Schadensereignis aufgelaufenen Auftragswertes pro Jahr.
- 10.3 Pkte. 10.1. und 10.2. gelten umfassend für jegliche Sachschäden und Vermögensschäden (einschließlich des entgangenen Gewinns und Schäden aus Ansprüchen Dritter gegen den Auftraggeber).
- 10.4 Die Haftung von LTE für Verspätungen und daraus resultierende Schäden ist ausgeschlossen soweit nicht schriftlich Pönalen, oder allgemein, die Haftung für Verspätungen vereinbart ist.
- 10.5 Die Haftungshöchstgrenze je Schadensereignis für die Beförderung von Gütern auf der Schiene ist hinsichtlich der betreffenden Güter, abweichend von Pkt. 10.2., begrenzt mit 17 SZR pro kg Bruttogewicht (vgl Art. 30 von Anhang B (CIM) des COTIF-Übereinkommens, BGBl. Nr. 225/1985).
- 10.6 Jeder Schadenersatzanspruch gegen LTE kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens geltend gemacht werden, soweit nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend längere Verjährungsfristen festgesetzt sind.



**Allgemeine Geschäftsbedingungen der LTE Austria GmbH**  
**Karlauer Gürtel 1, A-8020 Graz**  
**Fassung vom 01.08.2019 (AGB 2019)**

**11. Vertraulichkeit**

11.1 Der Auftraggeber wird den Inhalt aller Angebote, sowie daran anknüpfende Vereinbarungen über die gemeinsame Durchführung von Eisenbahnverkehrsleistungen vertraulich behandeln.

11.2 Die Weitergabe von Daten über die Betriebsabwicklung, Fahrbetriebsmittel, Betriebsgeheimnisse oder andere betriebliche Eigenheiten ist nur zulässig, soweit sie zur ordnungsgemäßen Betriebsabwicklung, an aktuelle oder potentielle Versicherer, an zur Verschwiegenheit verpflichtete berufsmäßige Parteienvertreter, oder in Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht erfolgt.

**12. Anzuwendendes Recht, Gerichtsstand**

12.1 Sollte eine Bestimmung der vorliegenden AGB unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen soll eine Bestimmung treten, die der wirtschaftlichen und rechtlichen Absicht der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung möglichst am nächsten kommt. Gleiches gilt, wenn sich bei Durchführung einer Leistungsvereinbarung eine ergänzungsbedürftige Lücke offenbaren sollte.

12.2 Für die Rechtsbeziehung zwischen LTE und dem Auftraggeber gilt das österreichische materielle Recht, unter Ausschluss des Kollisionsrechts und des UN-Kaufrechts. Ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen (bei dezidiertem anderweitiger Rechtswahl).

12.3 Gerichtsstand ist unter Ausschluss aller übrigen Gerichtsstände das sachlich zuständige Gericht in Graz.

## **1. Applicability**

- 1.1 LTE Austria GmbH ("LTE") provides deliveries and services (hereinafter referred to only as "services") to their clients exclusively in accordance with these present General Terms and Conditions (hereinafter referred to only as "GTC 2019").
- 1.2 General Terms and Conditions of the client are invalid. They only become part of the contract if they have been explicitly acknowledged and recognised by LTE in writing, an implied acknowledgement is excluded.
- 1.3 If, during a service agreement based on the GTC 2019 between LTE and the client, a new service agreement concerning the same object is concluded with clauses deviating from the GTC 2019, the GTC 2019 are only superseded by this new service agreement insofar as they disagree.

## **2. Applicable provisions**

- 2.1 In relation to the use of railway carriages, the "General Contract of Use for Goods Wagons" (AVV) in its latest version applies. If the customer provides carriages whose holder is not a member of AVV, the customer assumes the duties and liabilities of a holder according to AVV, without prejudice to their other obligations.
- 2.2 Wagons to be taken over by LTE must always be assigned to an ECM, "Entity in Charge of Maintenance", according to the Implementing Regulation (EU) No. 2019/779. They must conform to the AVV and the maintenance deadline must not have expired.
- 2.3 The regulations for the transport of dangerous goods by rail (RID) must be complied with.
- 2.4 Subsidiary to and complementary to the GTC 2019, the General Austrian Haulier's Terms and Conditions (AÖSp) apply to the services to be performed by LTE, in the version valid on the conclusion day of a service agreement.

## **3. General written form clause**

- 3.1 Without a concrete written agreement of the respective service components, LTE has no obligation to provide services to the client and the client cannot demand the performance of services by LTE without written agreement. Spoken agreements about primary or secondary services are only binding for LTE after written confirmation and performing a service deviating from the written agreement does not constitute an extension of future service obligations beyond the individual case.
- 3.2 The written form requirement also applies to changes to agreements made in writing, as well as to waiving the written form clause.

## **4. Offers and placing orders**

- 4.1 Offers by LTE are always non-binding (request to issue an offer).
- 4.2 If the potential client declares their willingness to conclude a contract according to such a non-binding offer, the offer only becomes binding for LTE after acceptance according to clause 4.3.
- 4.3 The binding acceptance of an order by LTE takes place by transmitting a thus entitled written "order confirmation" to the client, indicating the LTE offer number from the preceding non-binding offer.

## **5. Services not included (subsidiary services)**

- 5.1 If not explicitly indicated as part of the service, the following services are never part of our offer:
- Customs procedures
  - Costs for rental and maintenance of carriage material
  - Loading, reloading and unloading work
  - Shunting work in rail connections: In the absence of an alternative agreement, trains are exclusively prepared ready for use and taken over by LTE under contact wire.
  - Care of the train outside of our own management (monitoring and providing information about the train running after handing over the train to third parties).
- 5.2 Additional services not covered by the offer can be provided by LTE subject to available capacity. As prices for services provided, LTE charges for additionally necessary train driver hours EUR 100.- per hour plus necessary administrative services EUR 80.-. The smallest calculation unit is a commenced half hour.

## **6. Cancellation, non-fulfilment of service**

- 6.1 If the service is not fulfilled due to circumstances for which the client is responsible, LTE is entitled to charge fixed cancellation costs (elective for LTE).
- 6.2 The fixed cancellation costs are dependent on the notification period adhered to by the client and on the offer price of the agreed service:
- more than 168 h before the planned departure time: 30% of the offer price for the train service not performed
  - less than 168 h before the planned departure time: 50% of the offer price for the train service not performed
  - less than 48 hours before the planned departure time: 80% of the offer price for the train service not performed

## **7. The client's duty to collaborate**

- 7.1 The client must ensure that LTE is provided on time and without specific request with all the necessary documents for carrying out the assignment and that LTE is informed of all procedures and circumstances that could be relevant for carrying out the assignment. The same applies to the documents, procedures and circumstances of which knowledge is gained only during the provision of services by LTE. The client must ensure in particular that
- all transport papers associated with carrying out the assignment, including all customs documents, meet legal requirements
  - all subcontractors hand over the trains or take them over punctually from LTE, which comprises in particular also the conveying of a carriage list at the earliest possible point in time.
  - all deviations from the agreed schedule are notified to LTE without delay, which means as soon as they are known or at least envisaged by the client.
- 7.2 If due to circumstances for which the client is responsible additional services become necessary that are not included in the offer, or if additional costs are incurred for LTE caused by the client, LTE will pass these costs on to the client or charge for services in addition according to the service prices in clause 5.2.

## **8. Prices**

- 8.1 The service payment is according to the order confirmation and its detailed offer. If neither contain a price, a standard local charge is considered as agreed.
- 8.2 All prices stated by LTE are understood as net prices in euro that do not yet include VAT.
- 8.3 In relation to all service agreements with a duration of more than 12 months (time period between first and last service provision), the stability of value of all LTE prices is agreed. A price reduction is excluded. The Consumer Price Index (VPI) published monthly by Statistik Austria serves as a yardstick for calculating the stability of value or the index used in its place for official reasons. The index figure calculated in the month of contract agreement serves as a reference for adjustments. Fluctuations of the index figure up to exclusively 2% are not taken into account. This scope of fluctuation is to be calculated anew for each upper or lower exceeding of the limit, whereby it is always the first index figure outside of the respectively applicable scope that is to form the basis both for the new setting of the prices as well as for the calculation of the new scope. All change rates are to be calculated to one rounded decimal place.
- 8.4 Changes to or the initiation of transaction and excise taxes or other dues after conclusion of a service agreement entitle LTE to adjust prices to the extent to which the costs of providing the service increase for LTE. The price adjustment can be applied from the start of the validity of the respective law change.
- 8.5 For specification changes to equipment due to mandatory legal regulations, clause 8.4 applies accordingly.
- 8.6 If a price adjustment requirement or the stability of value are not applied immediately, this does not mean a waiving on the part of LTE.

## **9. Invoicing, payment, arrears**

- 9.1 Our invoice payments are due immediately upon receipt. If no payment has been received by LTE within 14 calendar days, LTE can request default interest in accordance with § 456 UGB (Austrian Commercial Code).
- 9.2 LTE reminder charges are payable per reminder (§ 458 UGB), as well as those costs that are necessary beyond this for prosecution in accordance with the purpose.
- 9.3 The payment of the invoices is to be made without charges or deductions to the following account:  
 Credit institute: Bawag PSK  
 Bank sort code: 14000  
 IBAN: AT79 1400 0001 1047 6116  
 BIC/SWIFT code: BAWAATWW  
 VAT number: ATU 72455309
- 9.4 Objections to invoices can be made in writing to LTE within 2 weeks of the invoice date. Otherwise an invoice from LTE is considered as accepted by the client.
- 9.5 An offsetting against LTE amounts receivable is only permissible for offsetting approved by LTE or legally binding claims.
- 9.6 As long as the client is in payment arrears for service charges amounting to more than EUR 50,000.- (from all LTE assignments), LTE can at their own discretion make the execution of all further agreed services dependent on the full settlement or the securing of all due service payments (through bank guarantee, declaration of suretyship or letter of intent), as well as request advance payment for every further service.

## **10. Liability and warranty**

- 10.1 LTE is only liable for wilful or consciously negligent damage and wilful or consciously negligent infringements of the accepted obligations.
- 10.2 LTE is liable up to a sum of EUR 10,000.- per case of damage, in total however a maximum of 15% of the accrued assignment value up until the damage event per year.
- 10.3 clauses 10.1 and 10.2 apply comprehensively for all material damage and financial damage (including lost profit and damage from claims of third parties against the client).
- 10.4 The liability of LTE for delays and resulting damages is excluded insofar as contractual penalties or, in general, liability for delays are not agreed in writing.
- 10.5 The upper liability limit per case of damage for the transport of goods by rail with regard to the respective goods, deviating from Clause 10.2, is limited to 17 SDR per kg gross weight (ref. Art. 30 of Appendix B (CIM) of the COTIF Convention, Federal Law Gazette No. 225/1985).
- 10.6 Each damage compensation claim against LTE can only be made within six months after the claimant has gained knowledge of the damage, but at the latest within three years from emergence of the (primary) damage, insofar as no longer limitation period is imposed by legal regulations.



**General Terms and Conditions of LTE Austria GmbH**  
**Karlauer Gürtel 1, A-8020 Graz**  
**Version of 01.08.2019 (GTC 2019)**

**11. Confidentiality**

11.1 The client will treat the content of all offers, as well as associated agreements about the joint implementation of railway transport services, with confidentiality.

11.2 The passing on of data regarding the operational procedure, transport operations, company secrets or other operational features is only permissible if it is for the agreed service operations, for current or potential insurers, for professional party representatives bound to confidentiality, or for the fulfilment of legal obligations.

**12. Applicable law, place of jurisdiction**

12.1 If a clause of these GTC is or becomes invalid or unenforceable, it does not affect the applicability of the remaining clauses. The invalid or unenforceable provision shall be replaced by a provision that comes as close as possible to the financial and legal intention of the invalid or unenforceable provision. The same applies if a gap that needs filling becomes evident while carrying out an agreed service.

12.2 For the legal relationship between LTE and the client, Austrian material law applies, under exclusion of the conflict of laws and the UN CISG. Foreign law is only to be taken into consideration upon explicit written agreement (for specific foreign choice of law).

12.3 The place of jurisdiction is the responsible court in Graz under exclusion of all other places of jurisdiction.

## **VERTRAG**

**über die Gewährung einer Förderung im Rahmen des Beihilfenprogramms 2018 bis 2022 für die Erbringung von Schienengüterverkehrsleistungen in bestimmten Produktionsformen in Österreich**

**Beihilfevertrag Nr. 19/16/2019**

**abgeschlossen zwischen dem**

**Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie**  
Radetzkystraße 2  
1030 Wien

im Folgenden kurz „Beihilfegeber“ genannt

und der

**LTE Logistik- und Transport- GmbH**  
Karlauer Gürtel 1  
8020 Graz  
Österreich  
FN198526 a

im Folgenden kurz „Beihilfenehmer“ genannt

### **Präambel**

Eine wesentliche verkehrspolitische Zielsetzung stellt die Sicherstellung des bestehenden und im europäischen Vergleich hohen Anteils der Schiene im gesamten Güterverkehr in Österreich dar. Dies ist insbesondere im Bereich des Umweltschutzes und der Verkehrssicherheit ein prioritärer Ansatzpunkt der österreichischen Verkehrspolitik.

Ein großer Anteil an den in Österreich erbrachten Schienengüterverkehrsleistungen erfolgt in den Produktionsformen des Einzelwagenverkehrs, des unbegleiteten Kombinierten Verkehrs und der Rollenden Landstraße. Diese Produktionsformen stehen hinsichtlich deren Beförderungseinheiten, Beförderungsstrukturen und Markteigenschaften im unmittelbaren Wettbewerb zum Straßengüterverkehr, können aber aufgrund der gegenüber dem Straßengüterverkehr höheren systemimmanenten Kosten ohne öffentliche Unterstützung nicht bzw. nicht in ausreichendem Ausmaß zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden.

Um den verkehrspolitisch erwünschten hohen Anteil des Schienengüterverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen auch hinkünftig sicherzustellen, wurde von der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) ein Beihilfeprogramm entwickelt, welches die Wettbewerbsfähigkeit von Schienengüterverkehrsleistungen in den Produktionsformen des Einzelwagenverkehrs, des unbegleiteten Kombinierten Verkehrs und der Rollenden Landstraße unterstützen soll. Dieses Beihilfeprogramm (**Sonderrichtlinien für die Erbringung von Schienengüterverkehrsleistungen in bestimmten Produktionsformen in Österreich 2018 bis 2022**) wurde von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften mit Beschluss C(2017) 7276 vom 25.10.2017 genehmigt.

In Umsetzung des oben genannten Beihilfeprogramms schließen Beihilfegeber und Beihilfenehmer für den Zeitraum vom 1. Jänner 2019 bis 31. Dezember 2019 folgenden privatwirtschaftlichen Vertrag:

### **Inhaltsverzeichnis:**

#### **Präambel**

#### **Abschnitt I: Vertragsgegenstand, Vertragsgrundlagen und Abwicklungsstelle**

- § 1 Vertragsgegenstand
- § 2 Vertragsgrundlagen
- § 3 Abwicklungsstelle

#### **Abschnitt II: beihilfefähige Verkehrsleistungen, Bemessung und Höhe der Beihilfen**

- § 4 Besondere Bestimmungen
- § 5 Beschreibung der beihilfefähigen Verkehrsleistungen (Soll-Betriebsdaten)
- § 6 Bemessung und Höhe der Beihilfe

#### **Abschnitt III: besondere Beihilfebedingungen, Auszahlung und Abrechnung der Beihilfe**

- § 7 Verringerung der Beihilfe
- § 8 Nachweisung der tatsächlich erbrachten beihilfefähigen Verkehrsleistungen (Ist-Betriebsdaten)
- § 9 Änderung der beihilfefähigen Verkehrsleistungen während der Vertragsdauer
- § 10 Änderung der Höhe der Abgeltungssätze während der Vertragsdauer
- § 11 Auszahlung der Beihilfe
- § 12 Abrechnung der Beihilfe

#### **Abschnitt IV: Pflichten des Beihilfenehmers**

- § 13 Einhaltung gesetzlicher und behördlicher Vorschriften
- § 14 Information an den Kunden von beihilfefähigen Verkehrsleistungen
- § 15 Aufzeichnungs-, Melde- und Auskunftspflichten

## **Abschnitt V: Rückforderungen und Einstellung der Beihilfe**

### **§ 16 Rückforderung und Einstellung der Beihilfe**

## **Abschnitt VI: Allgemeine Vertragsbestimmungen**

### **§ 17 Datenverwendung, Zustimmungserklärung nach dem Datenschutzgesetz, Datenverarbeitungsauskunft**

### **§ 18 Vertragslaufzeit**

### **§ 19 Übertragung von Rechten und Pflichten**

### **§ 20 Anzuwendendes Recht und Gerichtsstand**

### **§ 21 Formvorschriften**

### **§ 22 Anzahl der Vertragsausfertigungen**

## **Anlagen:**

Anlage A1: Besondere Bestimmungen und Abgeltungssätze für den Einzelwagenladungsverkehr (EWW)

Anlage A2: entfällt

Anlage B1: Besondere Bestimmungen und Abgeltungssätze für den unbegleiteten Kombinierten Verkehr (UKV)

Anlage B2: entfällt

Anlage B3: Verzeichnis der Bergstrecken

## **Beilagen:**

Beilage 1: Formatvorlage der meldepflichtigen Ist-Betriebsdaten im EWW/UKV

Beilage 2: Formatvorlage der meldepflichtigen ITE-Daten

Beilage 3: entfällt

Beilage 4: Formatvorlage der Zugtrassenabrechnungsdaten

Beilage 5: Einverständniserklärung zur Übermittlung der Zugtrassenabrechnungs- und ARAMIS-Daten an die SCHIG mbH

Beilage 6: Verzeichnis der Subauftragnehmer

Beilage 7: Verzeichnis der Kooperationspartner

Beilage 8: Formatvorlage Bahnhofscodumschlüsselung

Beilage 9: Formatvorlage der meldepflichtigen Ist-Kooperationsdaten im EWW/UKV/RoLa

## **Abschnitt I**

### **Vertragsgegenstand, Vertragsgrundlagen und Abwicklungsstelle**

#### **§ 1 Vertragsgegenstand**

- 1) Gegenstand dieses Vertrags ist die Gewährung von Beihilfen für die Erbringung von Schienengüterverkehrsleistungen in den Produktionsformen
  - des Einzelwagenverkehrs und
  - des unbegleiteten Kombinierten Verkehrsals trassenbestellendes Eisenbahnverkehrsunternehmen in Österreich in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses (§ 2 Z 3 iVm § 21 Abs. 1 Z 1 der Allgemeinen Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln, BGBl. II 208/2014 idF BGBl. II Nr. 190/2018, in der Folge „ARR 2014“).
- 2) Für einen Beförderungsfall wird nur eine Beihilfe nach einer der in Abs. 1 genannten Beförderungsleistungen gewährt, sodass eine Mehrfachbeihilfe jedenfalls ausgeschlossen bleibt.

#### **§ 2 Vertragsgrundlagen**

- 1) Soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt wird, gelten folgende weitere Vertragsgrundlagen, die somit integrierender Bestandteil dieses Vertrags sind:
  1. die Sonderrichtlinien „Beihilfenprogramm für die Erbringung von Schienengüterverkehrsleistungen in bestimmten Produktionsformen in Österreich 2018 bis 2022“ (in der Folge „Sonderrichtlinien“), genehmigt mit Beschluss C(2017) 7276 der Europäischen Kommission vom 25.10.2017;
  2. die ARR 2014 idgF;
- 2) Bei Widersprüchen zwischen diesem Vertrag und den in Abs. 1 Z 1 und Z 2 genannten Vertragsgrundlagen ist vorrangig dieser Vertrag anzuwenden.

#### **§ 3 Abwicklungsstelle**

Mit der Abwicklung des Beihilfenprogramms für die Erbringung von Schienengüterverkehrsleistungen in bestimmten Produktionsformen in Österreich 2018 bis 2022 wird, unter Berücksichtigung des § 8 und § 9 ARR 2014, die Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (in der Folge „SCHIG mbH“) beauftragt. Die SCHIG mbH ist somit als Abwicklungsstelle im Namen und für Rechnung der Republik Österreich, Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie tätig.



## Abschnitt II

### Beihilfefähige Schienengüterverkehrsleistungen, Bemessung und Höhe der Beihilfen

#### § 4 Besondere Bestimmungen

Besondere Bestimmungen für die in § 1 Abs. 1 genannten Produktionsformen geförderter Schienengüterverkehrsleistungen sind in den **Anlagen A1** und **B1** geregelt.

#### § 5 Beschreibung der beihilfefähigen Verkehrsleistungen (Soll-Betriebsdaten)

- 1) Die nach den Bestimmungen dieses Vertrags beihilfefähigen Verkehrsleistungen werden vom Beihilfenehmer als trassenbestellendes Eisenbahnverkehrsunternehmen auf der in Österreich bestehenden öffentlichen Eisenbahninfrastruktur durchgeführt. In der Produktionsform des **Einzelwagenladungsverkehrs** und des **unbegleiteten Kombinierten Verkehrs** entsprechen die beihilfefähigen Verkehrsleistungen im Jahr 2019 im Wesentlichen den im Jahr 2018 beschriebenen beihilfefähigen Verkehrsleistungen.
- 2) Werden in Abs. 1 genannte Verkehrsleistungen nicht ausschließlich durch den Beihilfenehmer selbst, sondern auch durch ein von ihm beauftragtes Eisenbahnverkehrsunternehmen als trassenbestellendes Eisenbahnverkehrsunternehmen (Subauftragnehmer) erbracht, ist dies in den Betriebsdaten entsprechend ersichtlich zu machen. Diese vom Subauftragnehmer durchgeführten Eisenbahnverkehrsleistungen gelten hinsichtlich der Anwendung dieses Vertrags als vom Beihilfenehmer durchgeführte Schienenverkehrsleistungen. Die entsprechenden Subauftragnehmer sind in **Beilage 6** (Verzeichnis der Subauftragnehmer) angeführt.

#### § 6 Bemessung und Höhe der Beihilfe

- 1) Die Beihilfe gebührt für vom Beihilfenehmer während der Vertragsdauer tatsächlich erbrachte, beihilfefähige Schienenbeförderungsleistungen. Die Bemessung der Beihilfe erfolgt nach den in den Sonderrichtlinien kundgemachten sowie in den **Anlagen A1** und **B1** nochmals angeführten Beihilfesätzen.
- 2) Aufgrund der geplanten Verkehrsleistung ergibt sich für den Beihilfenehmer für die Dauer dieses Vertrags eine Abschätzung für die voraussichtlichen Beihilfebeträge in Höhe von **3.100.000,- Euro**.

Produktionsform:	Gesamtbetrag in Tausend Euro
EWV	100
UKV	3.000
Summe:	3.100

### Abschnitt III

#### Besondere Beihilfebedingungen, Auszahlung und Abrechnung der Beihilfe

##### § 7 Verringerung der Beihilfe

Im Falle einer sonstigen Förderung durch Programme oder einzelne Maßnahmen Dritter betreffend tatsächlich erbrachte Schienengüterverkehrsleistungen, für die im Einklang mit den Bestimmungen der Sonderrichtlinien Beihilfen gewährt werden, wird diese Förderung von der nach diesen Richtlinien gewährten Beihilfe in Abzug gebracht.

##### § 8 Nachweisung der tatsächlich erbrachten beihilfefähigen Verkehrsleistungen (Ist-Betriebsdaten)

- 1) Alle von den in § 5 angeführten geplanten Verkehrsleistungen tatsächlich erbrachten beihilfefähigen Schienengüterverkehrsleistungen werden der SCHIG mbH bis 10. des zweitfolgenden Monats in der Struktur gemäß **Beilage 1** (Formatvorlage der meldepflichtigen Ist-Betriebsdaten) übermittelt. Die Übermittlung erfolgt über den SFTP-Server der SCHIG mbH.
- 2) Werden beihilfefähige Schienengüterverkehrsleistungen in der Produktionsform des unbegleiteten Kombinierten Verkehrs erbracht, sind zusätzlich zu den in Abs. 1 genannten Daten die jeweiligen ITE-Daten in der Struktur gemäß **Beilage 2** (Formatvorlage der meldepflichtigen ITE-Daten) an die SCHIG mbH auf die in Abs. 1 beschriebene Weise zu übermitteln.
- 3) Werden beihilfefähige Schienengüterverkehrsleistungen in Beauftragung von anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen erbracht oder in Beauftragung gegeben, sind zusätzlich zu den in Abs. 1 genannten Daten die jeweiligen Kooperationsdaten in der Struktur gemäß **Beilage 9** (Formatvorlage der meldepflichtigen Ist-Kooperationsdaten im EWW/UKV/RoLa) an die SCHIG mbH auf die in Abs. 1 beschriebene Weise zu übermitteln.
- 4) Bei der Erstellung der in Abs. 1 bis 3 angeführten Daten sind grundsätzlich für die Angaben der erforderlichen Betriebsstellen die im jeweils gültigen DB 640 der ÖBB-Infrastruktur AG angeführten Abkürzungen zu verwenden. Bei der Erstellung der in Abs. 1 bis 3 angeführten Daten besteht aber auch die Möglichkeit die Angaben der erforderlichen Betriebsstellen nach einer innerbetrieblichen Bezeichnung des Beihilfenehmers anzugeben. Die Umschlüsselung dieser innerbetrieblichen Bezeichnung der Betriebsstellen auf die Betriebsstellencodes gemäß DB 640 der ÖBB-Infrastruktur AG erfolgt gemäß **Beilage 8** (Formatvorlage Bahnhofscodumschlüsselung).
- 5) Der Nachweis über die tatsächlich erbrachten beihilfefähigen Schienenverkehrsleistungen ist vom Beihilfenehmer an die Abwicklungsstelle durch die Zugängigmachung der vom jeweiligen Infrastrukturbetreiber hinsichtlich der beihilfefähigen Schienengüterverkehrsleistungen erfassten Zugtrassenabrechnungsdaten zu erbringen. Für den Bereich der von der ÖBB-Infrastruktur AG

betriebeben Schieneninfrastruktur sind diese Zugtrassenabrechnungsdaten der Abwicklungsstelle in automatisierter Form direkt vom Infrastrukturbetreiber zugänglich zu machen (automatisierte Datenschnittstelle). Das Format und die Art und Weise der Bereitstellung der vom jeweiligen Infrastrukturbetreiber an die Abwicklungsstelle zu übermittelten Zugtrassenabrechnungsdaten ist in **Beilage 4** (Formatvorlage Zugtrassenabrechnungsdaten) festgelegt. Der Beihilfenehmer ist verpflichtet, sich mit der Übermittlung der gegenständlichen Zugtrassenabrechnungsdaten an die Abwicklungsstelle direkt durch den Infrastrukturbetreiber schriftlich einverstanden zu erklären. Die diesbezügliche Einverständniserklärung ist in **Beilage 5** enthalten.

## **§ 9 Änderung der beihilfefähigen Verkehrsleistungen während der Vertragsdauer**

Über eine Änderung der Beauftragung eines anderen Eisenbahnverkehrsunternehmens zur Erbringung von vertragsgegenständlichen beihilfefähigen Schienenverkehrsleistungen als trassenbestellendes Eisenbahnverkehrsunternehmen (§ 5 Abs. 2) ist unter Einhaltung der in Abschnitt II genannten Bestimmungen zwischen den Eisenbahnverkehrsunternehmen (Beihilfenehmer und Subauftragnehmer) eine gesonderte schriftliche Vereinbarung zu treffen (**Beilage 6**, Verzeichnis der Subauftragnehmer).

## **§ 10 Änderung der Höhe der Abgeltungssätze während der Vertragsdauer**

Werden die für dieses Beihilfeprogramm vorgesehenen budgetären Mittel gekürzt bzw. nicht mehr weiter bereitgestellt, können die Abgeltungssätze reduziert werden, wenn dies zwei Monate davor bekanntgegeben wird.

## **§ 11 Auszahlung der Beihilfe**

- 1) Auf Antrag des Beihilfeempfängers wird ab Jänner 2019 monatlich eine Vorschusszahlung für das jeweilige Kalendermonat auf das Bankkonto bei der BAWAG P.S.K., IBAN: **AT79 6000 0000 9002 0258**, BIC: **BAWAATWW** von der Abwicklungsstelle überwiesen (Vorauszahlung). Die Höhe der Vorauszahlung beträgt maximal 80 % eines Zwölftels des in § 6 für das Jahr 2019 geschätzten Betrags. Dieser Betrag kann im Laufe des Jahres auf Grundlage der bereits vorliegenden monatlichen Abrechnungen reduziert werden.
- 2) Die gänzliche Auszahlung der vereinbarten Fördersumme findet nach erfolgter Abrechnung gemäß § 12 Abs. 4 statt.
- 3) Die Auszahlung der Beihilfe kann aufgeschoben werden, wenn und solange
  - a. Umstände vorliegen, die die ordnungsgemäße Durchführung der beihilfefähigen Schienengüterverkehrsleistung nicht gewährleistet erscheinen lassen bzw.
  - b. die Einverständniserklärung gemäß § 8 Abs. 5 (**Beilage 5**) nicht vorliegt bzw.
  - c. die in Abschnitt IV vorgesehenen Verpflichtungen des Beihilfeempfängers nicht eingehalten werden.

- 4) Aus budgetbedingten Verzögerungen bei der Auszahlung können keine Rechtsansprüche abgeleitet werden.
- 5) Der kumulierte Barwert aller Beihilfen für die beihilfefähigen Schienengüterverkehrsleistungen muss innerhalb der in den Sonderrichtlinien für das Beihilfeprogramm für die Erbringung von Schienengüterverkehrsleistungen in bestimmten Produktionsformen definierten Höchstgrenzen und der Grenzen des EU-Wettbewerbsrechtes bleiben. Der Beihilfengeber behält sich vor, aus Gründen von haushaltsrechtlichen Restriktionen (siehe § 10) oder aus internationalen Verpflichtungen resultierende Einschränkungen zugesagter Beihilfen vorzunehmen.
- 6) Die Abwicklungsstelle führt vor der erstmaligen Auszahlung einer Förderung eine Überprüfung des Förderungsnehmers durch den Kreditschutzverband von 1870 (KSV) durch. Ergibt das Rating des KSV
  - a. ein erhöhtes Risiko, ist der Beihilfengeber berechtigt, die Auszahlung der Beihilfe von der Beibringung einer abstrakten, unwiderruflichen Bankgarantie einer europäischen Großbank oder einer gleichwertigen Sicherheit (z.B. Garantieerklärung eines Unternehmens mit sehr guter Bonität) über den Beihilfebetrug gemäß § 6 abhängig zu machen.
  - b. ein hohes oder sehr hohes Risiko, erfolgt keine Vorschusszahlung gemäß Abs. 1.
- 7) Im Falle dass
  - a. keine KSV – Abfrage mögliche ist oder
  - b. ein erhöhtes Risiko besteht aber keine Bankgarantie einer europäischen Großbank oder eine gleichwertige Sicherheit gemäß Abs. 6 lit. a vom Beihilfenehmer vorgelegt wird oder
  - c. ein hohes oder sehr hohes Risiko laut KSV – Auskunft bestehterhält der Beihilfenehmer auf Antrag Zahlungen in Höhe seiner bereits erbrachten und außer Streit gestellten monatlichen Leistungen.

## **§ 12 Abrechnung der Beihilfe**

- 1) Anhand der gemäß § 8 bis zum 10. des zweitfolgenden Monats an sie übermittelnden Ist-Betriebsdaten und Zugtrassenabrechnungs- und ARAMIS-Daten des Infrastrukturbetreibers erstellt die Abwicklungsstelle die vorläufige Beihilfenabrechnung für ein Kalendermonat. Werden die oben genannten Daten nicht bis zum 10. des zweitfolgenden Monats an die Abwicklungsstelle übermittelt, wird keine Beihilfenabrechnung durchgeführt.
- 2) Wird die von der Abwicklungsstelle an den Beihilfenehmer übermittelte vorläufige Monatsabrechnung nicht binnen drei Wochen vom Beihilfenehmer schriftlich und begründet beeinsprucht, gilt der von der Abwicklungsstelle gemäß Abs. 1 ermittelte Beihilfebetrug als außer Streit gestellt. Die neuerliche, bloße Übermittlung jener Ist-Betriebsdaten an die Abwicklungsstelle, die der vorläufigen Monatsabrechnung zugrunde liegen, gilt nicht als begründeter Einspruch.

- 3) Wenn der Beihilfennehmer nicht bis zum 10. des zweitfolgenden Monats die Ist-Betriebsdaten bzw. die Trassenabrechnungsdaten gemäß § 8 zur Abrechnung der Beihilfe vorlegt bzw. für die SCHIG mbH nicht vom jeweiligen Infrastrukturbetreiber zugänglich macht und bis dahin nicht in geeigneter und dokumentierter Form um eine weitere Fristverlängerung ansucht, kann die Beihilfe entsprechend gekürzt bzw. annulliert werden. Die bereits gemäß § 11 erteilten Vorauszahlungen können in diesem Fall wiedereingezogen werden.
- 4) Mit der Außerstreitstellung der Beihilfeabrechnung für den Monat Dezember erfolgt die Jahresendabrechnung für das jeweilige Jahr.

## **Abschnitt IV**

### **Pflichten des Beihilfenehmers**

#### **§ 13 Einhaltung gesetzlicher und behördlicher Vorschriften**

Für die Dauer dieses Vertrags hat der Beihilfenehmer alle zur Erbringung der beihilfefähigen Schienengüterverkehrsleistungen erforderlichen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften einzuhalten und gegenüber der Abwicklungsstelle auf deren Verlangen nachzuweisen (v.a. aufrechte Verkehrsgenehmigung und Sicherheitsbescheinigung Teil B).

#### **§ 14 Information an den Kunden von beihilfefähigen Schienengüterverkehrsleistungen**

Der Beihilfenehmer ist verpflichtet seine Kunden über die nach den Bestimmungen dieses Vertrags vom Beihilfegeber gewährten Beihilfen und deren Ausmaß zu informieren. Dieser Informationspflicht ist nachzukommen, indem die Sonderrichtlinien „Beihilfenprogramm für die Erbringung von Schienengüterverkehrsleistungen in bestimmten Produktionsformen in Österreich 2018 bis 2022“, genehmigt mit Beschluss der Europäischen Kommission C(2017) 7276 vom 25.10.2017, vom Beihilfenehmer samt den darin enthaltenen Anhängen und Abgeltungssätzen auf dessen Unternehmenspräsentation im Internet (Homepage) allen potentiellen Kunden zugänglich zu machen sind.

#### **§ 15 Aufzeichnungs-, Melde- und Auskunftspflichten**

Der Beihilfenehmer ist verpflichtet

1. zum Nachweis der Erbringung der beihilfefähigen Schienengüterverkehrsleistungen fristgerecht die Daten gemäß § 8 an die Abwicklungsstelle zu übermitteln;
2. Organen oder Beauftragten des Beihilfegebers, des Rechnungshofes sowie der Europäischen Union jederzeit Auskünfte hinsichtlich der beihilfefähigen Verkehre zu erteilen sowie ihnen jede Erhebung, insbesondere über das Vorliegen der Voraussetzungen und die

Erfüllung der Bedingungen und Auflagen für die Gewährung der vertragsgegenständlichen Beihilfe zu ermöglichen. Zu diesem Zweck gestattet bzw. gewährt der Beihilfenehmer:

- a. die Einsicht in die Bücher und Belege sowie in sonstige mit der Gewährung der vertragsgegenständlichen Beihilfe in Zusammenhang stehende Unterlagen,
- b. das Betreten von Grundstücken und Gebäuden während der üblichen Geschäfts- und Betriebsstunden,
- c. die Durchführung von Messungen und Überprüfungen, die mit der Gewährung der vertragsgegenständlichen Beihilfe in Zusammenhang stehen.

Über die Bezugnahme der Unterlagen entscheidet das Prüforga.

3. Mit der Unterfertigung dieses Vertrags verpflichtet sich der Beihilfenehmer, die Abwicklungsstelle über allfällige weitere beantragte bzw. in Aussicht gestellte bzw. erhaltene Unterstützungen Dritter (z.B. EU-Förderungen) umfassend und vollständig zu informieren.

## **Abschnitt V**

### **Rückforderungen und Einstellung der Beihilfe**

#### **§ 16 Rückforderung und Einstellung der Beihilfe**

- 1) Der Beihilfenehmer verpflichtet sich, die erhaltene Beihilfe entsprechend der schriftlichen Aufforderung zurückzuzahlen, wobei gleichzeitig die Zusicherung noch nicht ausbezahlter Beihilfen erlischt, wenn
  - a. der Beihilfengeber oder dessen Beauftragte über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet worden sind, oder
  - b. der Erhalt bzw. die Beantragung von anderen Beihilfen bzw. Förderungen verschwiegen wurden, oder
  - c. sonstige Auflagen oder Bedingungen des Beihilfevertrages nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt werden bzw. Beihilfevoraussetzungen nachträglich entfallen, oder
  - d. der Beihilfenehmer vorgesehene Daten nicht übermittelt, Nachweise nicht beigebracht oder erforderliche Auskünfte nicht erteilt hat, sofern eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolgen der Nichtbefolgung enthaltende Mahnung erfolglos geblieben ist, oder
  - e. der Beihilfenehmer Prüfungen im Sinne von § 15 be- oder verhindert oder
  - f. die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Förderung innerhalb des für die Aufbewahrung der Unterlagen vorgesehenen Zeitraumes nicht mehr überprüfbar ist, oder
  - g. die Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes nicht beachtet wurden, oder
  - h. Beihilfehöchstgrenzen im Sinne von § 11 Abs. 5 überschritten werden oder von Organen der EU die Rückforderung verlangt wird
- 2) Der allfällige Rückzahlungsbetrag wird mit dem nach § 25 Abs. 3 und 4 ARR 2014 sinngemäß anzuwendenden Zinssatz ab dem Datum der Auszahlung des Betrages an den Förderungsnehmer verzinst.

- 3) Die Bestimmungen der ARR 2014 sowie allfällige weitergehende zivilrechtliche Ansprüche bleiben unberührt.

## **Abschnitt VI**

### **Allgemeine Vertragsbestimmungen**

#### **§ 17 Datenverwendung, Zustimmungserklärung nach dem Datenschutzgesetz, Datenverarbeitungsauskunft**

- 1) Der Beihilfenehmer nimmt gemäß § 27 Abs. 1 ARR 2014 zur Kenntnis, dass das BMVIT und die SCHIG mbH berechtigt sind,
1. die im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages anfallenden personenbezogenen Daten gemäß Art. 6 (1) b) DSGVO (Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016) zu verarbeiten, wenn dies für den Abschluss und die Abwicklung des Förderungsvertrages, für Kontrollzwecke und die Wahrnehmung der dem BMVIT gesetzlich übertragenen Aufgaben erforderlich ist;
  2. die für die Beurteilung des Vorliegens der Förderungsvoraussetzungen und zur Prüfung des Verwendungsnachweises erforderlichen personenbezogenen Daten über die vom Beihilfenehmer selbst erteilten Auskünfte hinaus auch durch Rückfragen bei den in Betracht kommenden anderen Organen des Bundes oder bei einem anderen Rechtsträger, der einschlägige Förderungen zuerkennt oder abwickelt bzw. Einstellungsregistern, oder bei sonstigen Dritten im In- und Ausland zu erheben und an diese zu übermitteln, wobei diese wiederum berechtigt sind, die für die Anfrage erforderlichen personenbezogenen Daten zu verarbeiten und Auskunft zu erteilen;
  3. Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 durchzuführen.
- 2) Der Beihilfenehmer nimmt zur Kenntnis, dass personenbezogenen Daten
1. an Organe und Beauftragte des Rechnungshofes (insbesondere gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948, BGBl. Nr. 144), des Bundesministeriums für Finanzen (insbesondere gemäß §§ 57 bis 61 und 47 BHG 2013 sowie § 14 dieser Verordnung) und der Europäischen Union nach den EU-rechtlichen Bestimmungen übermittelt oder offengelegt werden können;
  2. an andere Organe des Bundes oder andere Rechtsträger, zB. die BRZ GmbH oder an andere Förderungsstellen, auf Anfrage insoweit übermittelt werden, als dies auf Grund einer den Förderungsgeber treffenden gesetzlichen Verpflichtung für deren Koordinationsaufgaben oder zur Kontrolle der Einhaltung der Förderungsobergrenzen erforderlich ist;

3. insbesondere Name, Adresse, Branche, Art und Inhalt des Gegenstands der Beihilfe, Art und Höhe der Beihilfe, Ausmaß der beihilfefähigen Verkehrsleistungen und die jeweiligen programmbezogenen Indikatoren für eventuelle Berichte im Rahmen des EU-Wettbewerbsrechts an die Wettbewerbsbehörde weitergeleitet werden.
- 3) Der Beihilfenehmer bestätigt, dass die Offenlegung von Daten natürlicher Personen gegenüber dem BMVIT bzw. der SCHIG mbH in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der DSGVO erfolgt und die betroffenen Personen vom Beihilfenehmer über die Datenverarbeitung durch das BMVIT bzw. die SCHIG mbH informiert werden oder wurden (§ 27 Abs. 4 ARR 2014).
- 4) Der Beihilfenehmer stimmt, hinsichtlich personenbezogener Daten gemäß Art. 6 (1) a) DSGVO zu, dass das BMVIT bzw. die SCHIG mbH die im Zuge der Förderabwicklung verarbeiteten personenbezogenen Daten und sonstige Daten (zB. Betriebsdaten, Abrechnungsdaten), unter Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, zu verkehrspolitischen Zwecken (zB. Darstellung der Entwicklung des Schienengüterverkehrs, zum Zwecke der Erstellung der notwendigen wirtschaftlichen Analysen und Berichte über die Auswirkung der Förderung) und für die Öffentlichkeitsarbeit (zB. auszugsweise Veröffentlichung von Förderdaten im Geschäftsbericht der SCHIG mbH) verwenden und an Dritte (zB. zur Erstellung von verkehrspolitischen Studien) weitergeben darf. Diese Zustimmung kann jederzeit gänzlich oder in Teilen schriftlich gegenüber dem BMVIT bzw. der SCHIG mbH mit der Wirkung für künftige Datenverarbeitungen widerrufen werden.
- 5) Nähere Informationen zu den datenschutzbezogenen Rechten des Beihilfenehmers sowie die Kontaktstellen in Datenschutzfragen finden sich unter <https://www.schig.com/datenschutz/> sowie unter <https://www.bmvit.gv.at/ministerium/impressum/daten/index.html> .

## **§ 18 Vertragslaufzeit**

Dieser Vertrag tritt mit 1. Jänner 2019 in Kraft und gilt bis 31. Dezember 2019.

## **§ 19 Übertragung von Rechten und Pflichten**

Rechte und Pflichten aus diesem Beihilfevertrag sind nicht übertragbar (Zessionsverbot).

## **§ 20 Anzuwendendes Recht und Gerichtsstand**

- 1) Auf diesen Vertrag kommt österreichisches Recht zur Anwendung.
- 2) In allen aus der Gewährung dieser Beihilfe entstehenden Rechtsstreitigkeiten gilt das sachlich zuständige Gericht in Wien als Gerichtsstand vereinbart. Dem Beihilfegeber bleibt es vorbehalten, den Beihilfenehmer auch bei seinem allgemeinen Gerichtsstand zu belangen.



## § 21 Formvorschriften

- 1) Der Vertrag enthält alle zwischen den Vertragsparteien getroffenen Vereinbarungen. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- 2) Soweit in diesem Vertrag auf Anlagen verwiesen wird, bilden sie einen integrierenden Bestandteil des Förderungsvertrages. Bei Widersprüchen zwischen den Vertragsgrundlagen gilt folgende Reihung:
  1. dieser Vertrag
  2. die Sonderrichtlinien „Beihilfenprogramm für die Erbringung von Schienengüterverkehrsleistungen in bestimmten Produktionsformen in Österreich 2018 bis 2022“, genehmigt mit Beschluss der Europäischen Kommission C(2017) 7276 vom 25.10.2017
  3. die ARR 2014
- 3) Änderungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform.

## § 22 Anzahl der Vertragsausfertigungen

Der Vertrag wird in zwei Ausfertigungen erstellt, wobei eine Ausfertigung der Beihilfegeber und ein Exemplar der Beihilfenehmer erhält.

Graz 10.01.2019  
Ort, Datum

P. Maier h. K. K.  
Firmenmäßige Fertigung  
des Beihilfenehmers

Wien 25.01.19  
Ort, Datum

[Signature]  
Bundesministerium für Verkehr  
Innovation und Technologie

Logistik- & Transport-GmbH  
Karlauer Gürtel 1 | 8020 Graz  
T +43 316 57 20 20 | F -275  
office@lte.at | www.lte.at

## Abgeltungssätze 2019 für den unbegleiteten Kombinierten Verkehr (UKV)

### Berechnung der Beihilfe und Abgeltungssätze

Die Beihilfe wird nach je transportierter ITE berechnet, wobei die Höhe der Beihilfe je nach Größe und Gewicht der ITE, nach zurückgelegter Entfernung auf der Schiene in Österreich sowie den auf der jeweiligen Strecke erforderlichen Produktionsbedingungen (Bergstrecken) variiert und dabei folgende Abgeltungssätze zur Anwendung kommen:

Abgeltungssatz in EUR pro ITE					
Verkehrs-Behälter Art/Gewicht/Entfernungsklasse			30-100 km	101- 250 km	ab 251 km
Inland	GC20, WAB 20, WAB 25 (Länge 20'-29')	bis 25 Tonnen	19,00	29,80	36,20
		ab 25 Tonnen	12,50	19,50	23,70
	GC30, WAB30 (Länge 30'-39')	bis 25 Tonnen	26,60	38,30	44,40
		ab 25 Tonnen	19,00	29,50	37,20
	GC40, WAB40 (Länge 40'-45'), SAN 70	bis 25 Tonnen	36,10	49,80	55,80
		ab 25 Tonnen	22,70	35,30	45,10

Ein/Aus	GC20, WAB 20, WAB 25 (Länge 20'-29')	bis 25 Tonnen	16,20	25,80	31,40
		ab 25 Tonnen	10,70	16,80	20,50
	GC30, WAB30 (Länge 30'-39')	bis 25 Tonnen	22,90	33,10	38,40
		ab 25 Tonnen	16,30	25,50	32,20
	GC40, WAB40 (Länge 40'-45'), SAN 70	bis 25 Tonnen	31,10	43,10	48,30
		ab 25 Tonnen	19,50	30,40	39,00

Durchfuhr	GC20, WAB 20, WAB 25 (Länge 20'-29')	bis 25 Tonnen	9,50	16,40	18,70
		ab 25 Tonnen	6,50	10,50	12,00
	GC30, WAB30 (Länge 30'-39')	bis 25 Tonnen	14,30	21,00	22,90
		ab 25 Tonnen	10,00	16,00	19,00
	GC40, WAB40 (Länge 40'-45'), SAN 70	bis 25 Tonnen	19,50	27,40	28,70
		ab 25 Tonnen	11,90	19,10	23,00

Bergzuschlag	GC20, WAB 20, WAB 25 (Länge 20'-29')	bis 25	1,80	1,80	1,80
		ab 25	1,80	1,80	1,80
	GC30, WAB30 (Länge 30'-39')	bis 25	2,70	2,70	2,70
		ab 25	2,70	2,70	2,70
	GC40, WAB40 (Länge 40'-45'), SAN 70	bis 25	3,60	3,60	3,60
		ab 25	3,60	3,60	3,60

Der nach Behältergröße gestaffelte Bergzuschlag gebührt für Beförderungen mit Zügen, die über Brenner, Tauern, Pyhrn-Schober, Semmering, Neumarkter Sattel, Arlberg sowie Wechsel- und Thermenbahn, die Abschnitte zur Gänze oder teilweise befahren. Eine teilweise Befahrung liegt vor, wenn zumindest zwei auf den jeweiligen Strecken liegende im „DB 640 - Verzeichnis der Betriebsstellencodes“ definierte Betriebsstellen passiert werden. Der Bergzuschlag kann pro Behälter und Wagenfahrt nur einmal ausbezahlt werden. Eine Kumulierung ist nicht möglich.